

Norddeutsche Arbeiterstimme

Nummer 5

Mai 1955

5 Pfennig

Sozialdemokratische Realpolitik

Ende März fand im Hamburger Rathaus das alljährliche Sechstageressen um den Haushaltsetat statt. 55 Stunden dauerte die „Schlacht“, es kam, wie es kommen mußte — der Haushaltsplan wurde mit Blockmehrheit gegen die SPD-Stimmen angenommen.

Es hätte aber auch anders auslaufen können, wäre der Bürgerblock nicht so „stur“ auf seine Interessen erpicht gewesen. Die SPD hätte nämlich mit sich reden lassen. Mit Schalmeienklängen und Zirpengesang bühnten Brauer, Nevermann und Genossen um die Gunst des Bürgerblocks. Doch der Block zeigte kein Interesse. Die SPD ist beleidigt, daß der Bürgerblock nicht einmal die „parlamentarische Fairness“ wahrte. Sie arbeitet aber weiter mit.

Bei der großen Etatdebatte im Januar hatte die SPD beim Block angeklopft: Senat auf breiter Regierungsbasis? Die SPD sei zur Koalition bereit. Unter diesem Gesichtspunkt ging man in die Einzelberatungen. Mit Zusatzanträgen war man äußerst sparsam, man forderte rd. 13 Mill. mehr Ausgaben, gleich 8% vom Gesamtetat, zusätzlich zum Haushaltsplan. Der Block selbst kommentierte diese Forderungen der SPD als „maßvoll“. „Viele Anträge der Opposition (SPD) werden von uns (Block) durchaus positiv bewertet.“ Eine bürgerliche Zeitung berichtete freudig über die „Sachlichkeit“, die während der Debatten vorherrschte. Es ist gewiß keine leere Phrase, wenn Schönfelder, der Präsident, am Ende feststellte, daß die Debatten „vom Geiste der Gemeinsamkeit . . . beherrscht“ waren.

„Zum Teil hat sie (die SPD) auch mit ihrer gestaltenden Opposition Erfolg gehabt, so daß sie mehreren Einzelplänen ihre Zustimmung erteilen konnte. Sehr wesentliche grundsätzliche Anträge unserer Fraktion sind jedoch abgelehnt worden.“

Soweit Nevermann, SPD, in seiner Schlußerklärung. Bei den Einzelabstimmungen gab es 10 Mal Einstimmigkeit, 3 Mal Enthaltungen und ein Mal Gegenstimmen von seiten der SPD. Die grundsätzliche Forderung bezog sich auf den sozialen Wohnungsbau, wobei 75% der mit staatlichen Geldern finanzierten Wohnungen zum Preis von 1.15 DM pro m² vermietet werden sollen. Der Bürgerblock als Interessenvertreter der Haus- und Grundbesitzer lehnte das ab. Und die SPD stimmte gegen den Gesamtetat. Gut. Aber warum nicht auch gegen andere Einzelpläne, die nicht weniger reaktionär sind? Soll hier eine Brücke gebaut werden?

Der soziale Wohnungsbau ist eine wichtige Angelegenheit, aber doch bei weitem nicht die einzige, welche die Stellung zum Bürgerblock bestimmen kann. Die Maßnahmen hinsichtlich der Jugend, bei den Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsbehörden sind genau so wichtig wie der Wohnungsbau. Zu den Polizei-, Bau- und Finanzplänen folgte die SPD nur Stimmhaltung, allein gegen den Plan Bürgerschaft, Senat usw. stimmte sie. Alle anderen Pläne, wie Schul-, Arbeits-, Sozial-, Jugend-, Gesundheits- und Wirtschaftspläne fanden die Zustimmung der SPD! Die SPD begnügte sich mit der platonischen Feststellung, der Bürgerblock hätte zwar vor der Wahl viel kritisiert, nachher aber auch nicht mehr getan, als

unter der SPD-Regierung geschah. Der Block kann mit dieser „gestaltenden SPD-Opposition“ zufrieden sein. Er kann es sich leisten, der SPD zu sagen, wie Senator Schultze-Schlutius (vom Block) auf einer der letzten Sitzungen: „Wenn es Ihnen nicht paßt, brauchen sie es nur ablehnen.“

Beim Polizeietat kritisierte die SPD, die Technisierung der Polizei werde vom Block nicht genug vorangetrieben. Tolle Sorge der SPD! — Notfalls sollte man, meinte die SPD, die Verlängerung der Getränkesteuer beschließen, die der Block auf Drängen der Gastwirte abschaffen will. Wie sozial und wie klug! Der Bürgerblock ist für eine Maßnahme, die das Glas Bier des Arbeiters verbilligt und die SPD ist „notfalls“ dagegen! — Weil der Polizeisenator ein DP-Mann ist, enthält sich die SPD der Stimme. Dagegen stimmen wäre wohl Hochverrat an der Demokratie. Den Ausgleich bringt Nevermann, der „fordert“:

„ . . . eine Rechtsgrundlage, die die Polizei in die Lage setzt, die Demokratie zu schützen, ohne daß unnötige Opfer und Zusammenstöße herbeigeführt werden.“

Siehe das Niederknüppeln der gegen die Faschisten demonstrierenden Arbeiter im Januar. Echtes Spießbürgerideal! Statt der unvermeidlichen Kämpfe, die immer Opfer kosten, die berühmte „Rechtsgrundlage“ als Feigenblatt des schlechten Gewissens. Was hat Genosse Severing vor 1933 mit ihr angefangen? Etwa den Sieg der Nazis verhindert?

Im Schulbau beschränkt sich die SPD, festzustellen, daß der 3-Jahresplan bei den Volksschulen zu einem Drittel nicht erfüllt worden sei und fordert, daß „mehr“ getan werden müsse. „Im übrigen dürfte eigentlich der erste Kasernenbau nicht begonnen werden, bis der letzte Schulbau beendet ist.“ (Landahl, SPD). „Eigentlich“ eigentümlich, Genosse Landahl, daß Sie schon beim Kasernenbau angelangt sind!

Während die Milchpreise bereits erhöht worden sind, die Hochbahntarife im Laufe der Debatten eine Erhöhung erfahren, die Gas- und Wassertarife in den Ausschüssen „bearbeitet“ werden, nutzt die SPD durch Brauer die Katzbalgerei zwischen den Bürgerlichen, um die Zusammenarbeit dem Block anzupreisen: „Wenn es gelingt, die böse Erbschaft der Wahlen abzuschütteln, ist eine sachliche Zusammenarbeit möglich.“

Die bevorstehenden Belastungen der arbeitenden Bevölkerung (Milch-, Hochbahn-, Gas- und Wasserpreiserhöhungen) betragen 22—23 Millionen DM jährlich. Die „Abwehr“, die die SPD im Auge hat, ist die „sachliche Zusammenarbeit“, zu der sie den Bürgerblock einlädt, der mit seinen lausigen vier Sitzen nicht sich den Teufel davon ehert. Und er kann es. Denn die „sachliche Zusammenarbeit“ baut darauf hinaus, daß die SPD mitteilt, diese Lasten auf die Schultern der Arbeiter zu werfen. Und in der Tat ist das Beilein der SPD um einige Senatsesseln bereits aktive Mithilfe an der reaktionären Bürgerblockpolitik, denn es schließt aus, was allein ins Gewicht fällt: das Ausrüsten der Arbeiter zur Gegenwehr.

Ein Wunder ist geschehen zur Osterzeit. Die Stadt Salzgitter — oder war es etwa das Land Niedersachsen? — versetzte ihrem Gewissen, das ja bekanntlich sehr sozial ist, einen kleinen Stoß und öffnete ihr wohlwütiges Herz. Die Empfänger von Unterstützung aus der öffentlichen Fürsorge ließen aus allen Werten, als ihnen bei der Auszahlung der Unterstützung am 4. April ein Gutschein zum Bezug von Brennmaterial im Werte von 15.— DM in die Hand gedrückt wurde.

Die meisten sagten garnichts, sondern verschwanden auf dem schnellsten Wege, um zu verhüten, daß man den vielleicht irrtümlicherweise gegebenen Schein wieder zurückfordere. Diejenigen aber, die den Mut hatten, zu fragen, woher und warum, bekamen nur die stereotype Antwort: Wegen des kalten Winters. Die erste Gruppe, die Ungläubigen, die sich schnellstens abgesetzt hatten, und zum Kohlenhändler gerast waren, mußten allerdings feststellen, daß keine Kohlen da waren. Sie mußten also, genau wie die restlichen Empfänger, sich den Schein unterschreiben lassen. Nun, es machte ja nichts, denn es folgten noch ein paar kalte Tage, und es kamen auch amerikanische Steinkohlen zu über 5 DM der Zentner.

Ein wahres Glück, daß der Winter solange dauerte, denn sonst hätte man den Gutschein bestimmt nicht mehr brauchen können. Außerdem hat man sich an das Frieren gewöhnt, und es ist bestimmt ein Wunder, daß der Schein überhaupt ausgegeben wurde. Es ist ja bekannt, daß der Frost erst im Sommer in die Amtsstuben eindringt. Nicht zu vergessen die Möglichkeit, unseren notleidenden Kohlenhändlern ein passendes Ostergeschenk zu geben, denn der Gutschein mußte bis zum 10. April (Ostern) eingelöst werden.

Allerdings gab es auch wieder einige Lästler. Wahrscheinlich waren das einige Lünke, die es nicht unterlassen konnten, an der wirklich sozialen Einstellung der Stadt, bzw. des Landes, zu zweifeln. Einige dieser Sorte meinten, es wäre das Zuckerbrötchen zur Landtagswahl, denn so etwas hätte es bestimmt in den anderen Ländern nicht gegeben. Andere meinten, es wäre eine Beruhigungspille für den bevorstehenden und schon teilweise geschehenen Rentenraub.

Wie gesagt, es waren undankbare Gesellen, die derartige Motive unseren wohlmeinenden Behörden unterschoben. Oder?

Jedem sein Häuschen!

Nach mehrjährigem Kampf mit Behörden und der Güterverwaltung war es im vorigen Herbst den Flüchtlingen gelungen, Bauland für die Erstellung von Eigenheimen zu bekommen. So mancher Flüchtling, der in einer Einzimmer-Wohnung saß, freute sich schon auf die eigene große Wohnung. Doch leider — mit den Wirtschaftsmächten ist kein ewiger Bund zu flechten. Dies erlebten die Bauwilligen in den letzten Tagen. Es ist ein Hohn, wenn die Parteien bei der Wahl von sozialem Wohnungsbau und Förderung von Eigenheimbauten sprechen.

Nach dem ursprünglichen Kostenvoranschlag sollte eine Hauseinheit, d. h. eine Eigentümerwohnung und ein Einleger im Obergeschoß, 30 200 DM kosten. Von diesen wurden bis auf 7 000 DM, welche von der Bank aufgenommen werden mußten zu 7 oder 8% Zinsen, die Gesamtsumme vom Land Niedersachsen und aus dem Lastenausgleich mit 1/2% Verzinsung gegeben. Allerdings war auch die Aufbringung von 3500 DM durch Eigenleistung eingeschlossen. Die Miete bzw. Tilgungsrate hätte also für den Eigentümer 58 DM, und für den Einleger 43 DM betragen. Das wäre angesichts der Wohnungsnot noch tragbar gewesen, da die Mieten bei der Wohnungs-A.G. bei Neubauten 65—70 DM für eine gleichwertige Wohnung betragen.

Mit Hinweis auf die Lohnerhöhungen kam nun eine feine Überraschung. Die Kosten des Hauses kletterten sprunghaft auf 34 300 DM. Die Tilgung stieg darauf auf monatlich 72 DM bzw. 43 DM je Hauseinheit. Außerdem mußten zusätzlich 300 DM vom Eigentümer bar beim Bezug der Wohnung auf den Tisch gelegt werden. Nun, wenn auch die Löhne etwas gestiegen sind, so ist es klar, daß es sich um einen Vorwand handelt. Es war nämlich dem zukünftigen Eigentümer freigestellt worden, bei Lieferung des Baumaterials außer Malerartikeln, Oelen,

Türen Keller und Haus selbst zu erstellen. In diesen Fälle käme die Tilgung auf monatlich 58 DM bzw. 43 DM. Das heißt also, der Lohnanteil einschließlich Eigenleistung betrug nur 20 DM monatlich, bei einer Tilgungsfrist von 22 Jahren. Die Baustoffpreise müßten also in der kurzen Zeit um mindestens 30% gestiegen sein. Wozu kommt, daß das Baumaterial angeblich vor dem 1. April gekauft worden war.

Von den Baulustigen sind deshalb in kurzer Zeit 8 bis 10 zurückgetreten, da es bei ihrem Verdienst nicht möglich ist, diese Tilgung zu schaffen. Die Miete oder Tilgung für den Eigentümer beträgt pro Quadratmeter über 1,20 DM im Monat, liegt also höher als in den Wohnungen des Privatbaus bzw. den Bauten der Wohnungs-A.G.

Das Unternehmertum ist interessiert, den Arbeiter an ein Stückchen Privateigentum zu fesseln und fördert daher den „Eigentumsgedanken“, von dem es sich eine weitere Verspiefung der Arbeiter erhofft. Aber es muß bei diesen schönen Gedanken immer geblecht werden. Und gerade das will man ja nicht. Da aus nix nix werden kann, entwickelt sich dieses soziale Bauunternehmen mehr und mehr zu einer Sache, die einer zahlenmäßig ziemlich beschränkten und verhältnismäßig gut verdienenden Oberschicht der Arbeiter das ermöglicht, was angeblich breiten Massen Wohnungsloser oder Notleidender zugänglich gemacht werden sollte. In manchen Vierteln größerer Städte prägt der Volksmund dafür das Wort: Bonzenkasernen. Die Herstellung der „freien Marktwirtschaft“ auf dem Gebiete des Wohnungswesens wird ein übriges tun. Zurückbleiben werden geplatzte Illusionen und die harten Tatsachen der kapitalistischen Wirklichkeit, die auch die Arbeiter erkennen müssen, wenn sie vorankommen wollen.

Die Not der Alten

Wie so vieles beim Erhardschen „Wirtschaftswunder“ ist auch bei den Empfängern von Unterstützungen aus der öffentlichen Fürsorge bzw. den Empfängern von niedriger ALFU-Unterstützung der Segen des „Wunders“ spurlos vorübergegangen.

Vor allem die Alten, die Rente beziehen und dazu noch Fürsorge, da die Renten nicht zur Fristung des Lebens ausreichen, werden davon in Mitleidenschaft gezogen. Dieser Kreis muß mit einem Betrag monatlich auskommen, der zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig ist. Die Fürsorgersätze betragen in Gemeinden

	über 50000 RMw.	über 10000 RMw.	unter 10000 RMw.
für Alleinstehende	60 DM	50 DM	55 DM
für Haushaltungsvorstände	53 DM	51 DM	48 DM
für Angehörige über 16 J.	38 DM	37 DM	35 DM
für Angehörige unter 16 J.	33 DM	32 DM	29 DM

Zu diesen Beträgen kommt die tatsächliche Miete.

Die Sätze zeigen also, daß ein alleinstehender Rentner mit 55 DM auf dem Lande seinen Lebensunterhalt fristen muß. Wenn man davon absieht, daß auch der Betrag eines Empfängers, der das Glück hat, in der Stadt zu wohnen, nicht im entferntesten für einen ruhigen Lebensabend ausreicht, so ist jedoch die Lage der Landrentner noch schlimmer. Es ist eine Tatsache, daß es dem Bewohner der Stadt möglich ist, sich auf Grund der Konkurrenz der Geschäfte billiger zu ernähren als auf dem Lande, wo man auf vielleicht einen oder zwei Kaufleute angewiesen ist. Hier sind die Preise für Lebensmittel racist teuer. Wer sagt, auf dem Lande wären andere Ausweichmöglichkeiten durch Landpachtung usw., dem empfehlen wir, dies im Rentenalter zu versuchen. Und die Mieten spielen keine Rolle, da sie, ob Stadt oder Land, voll gegeben werden.

Mit 55—60 DM dem Tode entgegenvegetieren, das ist das Schicksal der großen Masse der vom Kapitalismus Verbrauchten und Ausgequetschten. Jeder Arbeiter wird einmal alt. Ob er dann nicht an der Richtigkeit seiner heutigen Gleichgültigkeit und Trägheit, seiner Aussonderung mit den bestehenden Verhältnissen zu zweifeln beginnt? Dann wird es aber zu spät sein. Eine Gesellschaftsordnung, die auf der Höhe modernster Technik und Leistungsfähigkeit der Generation nur ein Hungerdasein bieten kann, deren Lebensarbeit dem Reichtum, Geschaffen hat, den andere verprassten, verdient unterzugehen und einen neuen Platz zu machen. Dafür zu kämpfen, ist unsere Aufgabe.